

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

51 (4.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich M. 2.70. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins & us gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Anzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtenbericht und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Restamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Fiebers gekügeltes Wort „mit eiserner Faust in die Gesellschaft hineingefahren“ in Obkircher Darstellung.

Was einst Fieber im heißen Born dem Vorstand des badischen Lehrervereins zugesprochen hat, ist der Hauptfache nach landesfremd, wenn auch Zeit und nähere Umstände, unter denen es gefallen ist, nicht jedermann genau bekannt sind. Einem national-liberalen Abgeordneten in hervorragender führender Stellung sollten sie aber bekannt sein, vorab dem ersten Führer der Partei. Er sollte selbst dann Nachsicht darüber geben können, wenn er unerwartet und gegen seinen Willen Anlaß bekommt, darüber zu sprechen. In dieser Situation der Ueberredung befand sich Obkircher in Galtlingen am 14. Februar nicht. Eine Ansprache mit den Lehrern war vorgesehen. Er mußte es als mindestens wahrheitsfalsch betrachten, daß Fiebers Spruch zitiert wurde. So kam es auch. In Erwiderung auf Ausführungen eines Lehrers sprach dann Obkircher:

„In diesem Zusammenhang hat einer der Herren Vorredner ein oft behandeltes Wort meines verstorbenen verehrten früheren Vorgesetzten, mit Stolz - kann ich sagen, meines Freundes Fieber, wieder hervorgeholt. Es ist in der Redeform oft verwendet worden. Und es ist richtig, daß mein verstorbenener Freund Fieber einmal im Munde das Wort gesprochen hat:

„Die Hand auf den Staatsbeutel und mit eiserner Faust in die Gesellschaft hineingefahren!“

Das war im Jahre 1886. Und ich glaube, das Wort war in einem Zusammenhang gesprochen und in einer Stimmung, daß ihm eigentlich zu viel Ehre angetan ist, es 23 Jahre lang zu benutzen.

Und diejenigen, die es benutzt haben, das waren nicht die Freunde der national-liberalen Partei, das war das Zentrum, weil es mit dieser Sache Affinität teilt.“

Es sei hier zunächst festzustellen:

Einmal ist das Wort nicht vollständig zitiert. Fieber sagte noch bei: Diejenigen, welche zunächst mit Aufhebung des Einkommens zu bebenden seien, das waren die Geisteslichen.

Sodann ist das Wort nicht 1886 gefallen, sondern 1886.

Endlich ist es nicht wahr, daß das Zentrum es „bewahrt“ hat, um damit zu agitieren. Natürlich hat es sich nicht berufen gefühlt, Fieber ob seines leidenschaftlichen Ausfalles zu verteidigen. Es hat ihn aber auch nicht zur Agitation gegen Fieber und seine Partei ausgeschlachtet. Das letztere hat es schon deswegen unterlassen, weil der Wortführer der Zentrumsfaktion in der gleichen Kammerprüfung inschärflich in der ganz gleichen Richtung sich äußerte wie Fieber. Nur bediente er sich einer anderen Form und sprach in anderem Tone.

Obkircher erzählte weiter:

„Unter welchen Umständen ist das Wort gefallen. Ich war damals noch sehr jung. Ich kann mich aber erinnern, was damals erklärt worden ist über den Zusammenhang der Dinge. Aus meiner Erinnerung kann ich folgendes sagen:

Man hat sich damals, im Jahre 1886, mit Lehrerforderungen beschäftigt. Sie sehen, schon 1886 haben die Lehrerforderungen den Landtag beschäftigt. Und wenn vorhin gesagt worden ist, sie werden nicht ausfallen, nun - wir müssen dahin gelangen, daß sie ausfallen und zwar im Interesse des Friedens und der ruhigen Arbeit der Lehrerschaft in der Schule. Das ist mal und unserer Ansicht gerecht, es zum Besten. Es muß ein Zustand erreicht werden, daß dieser Friede eintritt. Und m. S. D., damals ist diskutiert worden über Lehrerfragen. Und da sind nach langen Sitzungen und langen Verhandlungen, als endlich ein Beschluß im Plenum zur Beratung kam, da sind plötzlich im letzten Augenblick Petitionen der Lehrerschaft in den Landtag hineingeworfen worden. Sie sind hineingeworfen worden, unmittelbar bevor die Verhandlungen beginnen sollten. In diesen Schritten waren in einer sehr aufgereizten Weise die Forderungen der Lehrer vertreten.“

Das ist eine durch und durch falsche Darstellung. Der Landtag 1889/90 hat das große und schwierige Werk des Gehaltstarifs geschaffen. Der Landtag 1891/92 sollte die große und gleichfalls schwierige Aufgabe lösen, eine gründliche Neuordnung der Lehrerverhältnisse ins Leben zu rufen. Auf allen Seiten der Kammer bestand der denkbar beste Wille, ein befriedigendes, für die Lehrerschaft möglichst günstiges Geseßgebungsstück zu schaffen. Speziell beim Zentrum machte man kein Geß daraus, daß man zu erreichen wünsche und hoffe, daß der Lehrstand sich auch materiell sicher gestellt und befriedigt fühle und zur Ueberzeugung komme, daß er feiner der verschiedenen politischen Parteien nachzulassen brauche, sondern hierin es halten könne, wie andere Berufsstände auch.

Die Vorlage der Großh. Regierung wurde nun von der Kammer nicht durchweg günstig aufgenommen. In mehr als einem Punkt wurde sie auf der einen wie auf der anderen Seite des Hauses als sehr korrekt, aber bedürftig betrachtet und bezeichnet. Speziell beim Zentrum bestand der Wunsch, die Uebergangsbestimmungen so zu gestalten, daß die älteren Lehrer die Wohlthat des neuen Geseßes im gleichen Umfang erzielten, wie wenn sie von Anfang an unter dessen Herrschaft gearbeitet hätten. Das war nicht zu erreichen, trug aber wenigstens zu einer günsti-

geren Gestaltung des Geseßes in anderen Punkten bei. Durch gemeinsame Bemühungen aller Parteien hat die Kammer eine Vorseßgestaltung des Geseßes erkämpft. Verhältnismäßig war ungemein viel für die Vorseßstellung des Lehrstandes erreicht.

Es konnte deswegen keinen günstigen Eindruck machen, daß trotzdem alsbald der Petitionssturm einsetzte. Insbesondere wurde seitens der Kammer nie anders als mit sachlichem Wohlwollen verfahren, wenn solche Petitionen zu erledigen waren. So geschah es auf dem Landtage 1895/96 gegenüber einer Petition des Vorstandes des Lehrervereins. Die Kammerkommission hatte sich auf folgenden Beschluß geeinigt, dem sich dann die Kammer selbst einstimmig anschloß:

„Es wolle die vorliegende Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden in der Erwartung, daß die Großh. Staatsregierung der Kammer einen Geseßesentwurf im Sinne der Petitionen vorlegen werde, sobald die Finanzlage unseres Staatshaushaltes es als zugehörig erscheinen läßt.“

Dieser Kommissionsbeschluß wurde Mitgliedern des Vorstandes des Lehrervereins bekannt. Es wurden sodann einzelne Abgeordnete zu bearbeiten gesucht und am Morgen des Verhandlungstages fand jeder an seinem Blatte ein Schriftstück, das nach Inhalt und Form geradezu empörend war und auch allgemeinen Unwillen in der Kammer hervorrief. Dienten wurde auch von verschiedenen Seiten Ansdrücke gegeben, von keiner Seite in so maßvoller Form wie von Fieber. Das Schriftstück war nicht eine Petition, die ja an die Kammer hätte adressiert werden müssen. Gegen die Hausordnung war es von unbefugter Seite jedem Abgeordneten auf den Platz gelegt worden. Dies der Sachverhalt.

Obkircher hat dann schließlich auf „mildernde Umstände“ für Fieber plädiert, indem er sprach:

„Und nun muß man meinen verstorbenen Freund Fieber gelassen haben, wie er rasch mit dem Wort war; wie er leicht erregbar war; wie er dann insinuierte, wie ein solches Wort hinauszuwerfen im ersten Moment über eine plötzlich ankommenen Wahrnehmung. Und so ist das Wort gefallen.“

Wer meinen Freund Fieber gelassen hat, weiß, daß derartige Worte vielfach gesprochen worden sind. Er hat auf der anderen Seite so viele glückliche Worte gesprochen; er hat so viel Verdienstliches für die liberale Entwicklung unseres Landes und auch für die liberale Entwicklung unserer Schule getan, daß man wünschen kann, daß dieses Wort endlich zu seiner Ruhe kommt.“

Das war nicht „tapfer und mahnemutig“.

Deutschland.

Berlin, 4. März 1909.

„Zur Reichsfinanzreform“ liegt eigentlich Neues nicht vor. Die Linke scheint sich mit aller Macht auf die Nachlasssteuer werfen zu wollen. So schreibt z. B. die „Frankf. Zeitung“:

„Genau Kenner der parlamentarischen Verhältnisse und Unternehmungen bleiben bei der Meinung, daß auch jetzt noch eine Wehrzeit für die Nachlasssteuer zu schaffen sei. Es gibt in Parteien, von denen man es bisher nicht glaubte, doch noch selbständig urteilende Mitglieder, die schließlich für die Nachlasssteuer stimmen würden; es mehren sich auch die Stimmen aus dem Lande, und zwar konservative Stimmen, die mit der vom Lande der Landwirte diffusen Haltung der Fraktion nicht einverstanden sind. Der Kampf um die Nachlasssteuer beginnt jetzt eigentlich erst.“

Wir wissen nicht, ob das nicht sehr optimistisch gesprochen ist im Sinn der Freunde der Nachlasssteuer; aber es ist richtig, daß angelächelt der außerordentlich schwierigen Lage, die immer mehr zum Bewußtsein kommt, die Nachlasssteuer manchen als immer noch gangbarer Ausweg erscheint. Die Fraktionen stehen nicht so geschlossen hinter den Anträgen, welche den Namen von Parteigenossen tragen, wie das nach außen den Anschein hat. Ueberredungen sind deshalb nicht ausgeschlossen, wenn sie auch wenig wahrscheinlich sind. Die „Kreuzzeitung“ berichtet demgegenüber, daß an ein Nachgeben der Konservativen in der Nachlasssteuer gar nicht zu denken sei; selbst jene Konservativen, welche anfänglich unter dem Druck der Lage für die Nachlasssteuer zu haben gewesen wären, seien jetzt anderer Meinung. Wenn die Freisinnigen nicht wollen, dann würden die Konservativen mit dem Zentrum zusammengehen. Erworbene Lage!

In der Finanzkommission des Reichstages erklärten sich nun auch gestern die Vertreter der größeren Bundesstaaten dahin, daß für sie die Anträge Camp und Herold unannehmbar seien. Die Freisinnigen stellen sich neuerdings auf den Boden der Kompromißlosigkeit, aber wie es scheint, nur formell, um dann in zweiter Lesung wieder auf ihre Vorschläge zurückzukommen.

„Ein widerwärtiger Geistlicher.“ Es ist eine alte Geschichte, doch ewig bleibt sie neu - die Geschichte des widerwärtigen Geistlichen, der sich gegen die ihm gesetzte Autorität auflehnt. Der neueste Fall ist der schon längst zu erwartende Fall des jung-liberalen Pfarrers Tremel von Volkshaus in der Erzdiözese Bamberg. Der Herr hat schon viel von sich

sprechen machen. In der liberalen „Augsburger Abendzeitung“ war er eifriger Mitarbeiter; dort versuchte er vor etwa zwei Jahren den Nachweis, daß die liberale Partei nicht kirchlich und religionsfeindlich sei, dagegen das Zentrum der Religion und Kirche durch Vermengung von Politik und Religion schade. Ein merkwürdiger Stauß, der so etwas fertig bringt! Später trat Herr Pfarrer Tremel energisch für seinen Kollegen, den liberalen Pfarrer Grandinger ein; er trat dem jungliberalen Verein in Bayreuth bei - lauter Dinge, die für einen katholischen Geistlichen eine verkehrte Denkrichtung und eine geradezu provokatorische Auftrete bedeuten. Man denke bei dem Auf, in welchem sowohl National-liberalismus wie Jungliberalismus - notorisch mit Recht - in religiöser Beziehung in Deutschland und insbesondere in Bayern stehen, besonnt sich ein katholischer Seelsorgsgeistlicher zu den Jungliberalen. Noch hatte der Bischof gegen ein solches Vorgehen keine Schritte unternommen. Dies geschah erst, als Pfarrer Tremel einen Vortrag über Religion und Politik im jungliberalen Verein Bayreuth halten wollte. Dies war vorher schon dem Herrn Pfarrer Grandinger vom Ordinariat verboten worden, mußte also konsequenter Weise auch Pfarrer Tremel verboten werden! Dies geschah auch. Tremel fügte sich damals; aber nur, wie er schrieb, aus Rücksicht auf seine hochbetagte Mutter. Tremel nahm dann Tremel dieses Jahr am 22. Januar an einer Versammlung des jungliberalen Vereins teil und sprach auch bei derselben, da er doch wissen mußte, daß ihm dies ausdrücklich allgemein verboten worden war. Das war einfach eine bei einem Geistlichen scharf zu verurteilende Gehorsamsverweigerung gegenüber seinem Bischof. Der Herr wurde hierauf vor das Ordinariat nach Bamberg zitiert, wo ihm Vorhalt gemacht wurde. Was tat der Mann hierauf? Die liberalen Blätter berichten darüber. Er veröffentlichte in häßlicher, ipöthischer Weise die Unterredung, die er mit den Vorfragenden des Ordinariats geführt hatte. Ein gerades Unerhörtes Vorgehen, durch den er entweder beweist, daß er von allen guten Geistern verlassen ist, oder daß er auf eine recht merkwürdige Weise den völligen Veruch herbeiführen möchte. Vom erzdiözesanlichen Generalvikariat ist ihm nun ein Schreiben zugegangen, das ihm die Suspension ipso facto androht, d. h. die sofort eintretende, wenn er nicht alsbald folgende Erklärung abgibt:

„Ingeachtet des schriftlichen Verbots meines Oberhirten, des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Bamberg, habe ich als Mitglied des Jungliberalen Vereins in Bayreuth an dessen Generalversammlung am 22. Januar, bei welcher dieses Verbot den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete, teilgenommen und das Wort ergriffen. Ich behauere lebhaft, diesem Verbot zuwidergehandelt und die meinem Hochwürdigsten Oberhirten schuldige Obedienz und Gehorsam verlehrt und dadurch als katholischer Pfarrer öffentliches Ärgernis gegeben zu haben. Ich leiste demgegenüber meinem Hochwürdigsten Oberhirten euerwürdigste Abbitte, mit dem Versprechen, aus dem Jungliberalen Verein auszutreten, in demselben keine Kirchensache mehr zu halten und weiteres derartiges Ärgernis nicht mehr zu geben.“

Nach dem bisherigen Verhalten des Herrn ist nicht anzunehmen, daß er dieser Aufforderung entspricht. Wie man sieht, hat er sich beiderverbindend an die höhere Instanz des geistlichen Gerichts nach Bamberg gewendet. Es unterliegt jedoch gar keinem Zweifel, daß ihm dort nach Lage des Falles Unrecht gegeben werden muß.

„Aus dem deutschen Schutzbiete.“ Gelegenheit der Kommissionsberatungen über Deutsch-Ostafrika ist von der Einrichtung einer Pfleßentur im Doamboland gänzlich Abstand genommen worden, dagegen wurde verlangt, daß Erlaubigungen für den Bau einer Bahn ins Doamboland in Angriff genommen werden sollten. Es wird ein Ingenieur mit einer kleinen Expedition die Erlaubigungen vornehmen, und zwar wird zunächst die Möglichkeit eines Bahnbaues überhaupt festgestellt werden, wozu dem Ingenieur als Sachmann vollständig freie Hand gelassen wird, und erst später wird die Festlegung der Trasse nach wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten vorgenommen. Da die Kommission keine Mittel für die Erlaubung bewilligt hat, die selber vielmehr den laufenden Mitteln entnommen werden sollen, so wird sich die Expedition in keiner berechnenden Lage befinden, wenn nicht gar die ganze Welt hierunter leidet. - In Kolonialkreisen hält man den Plan des Bahnbaues ins Doamboland für vollständig vereitelt und zu wenig zweckentsprechend für solch große Ausgabe. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die ohnehin nicht sehr vertrauensvollen aber scheuen Doambos weit mehr in ihrem Mißtrauen bestärkt werden, wenn erst die Bahn durch ihr Gebiet rollt, als wenn sie eine Pfleßentur bekämen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

„Dem österreichischen Reichsrat fordert der Finanzminister Blümsky die Emission von 220 Millionen in Reichsschatz-Pfand mit fünfzigjährigen Kurs.“ Seit 1878 hat Oesterreich zu einer solchen Finanzoperation nicht mehr greifen müssen.

Frankreich.

„Einkommensteuer.“ Der von Magnande in der Kammer gestellte Antrag, nach welchem jedem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen nicht über 1500 Franken beträgt, für jede Person, die er zu unterhalten hat, ein Nachlaß von 10 Franken gewährt werden soll, wurde mit 291 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Später nahm die Kammer eine auch vom Finanzminister gebilligte Zusatzbestimmung an, nach der jedem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen 12 000 Franken nicht übersteigt, für jede von ihm zu unterhaltende Person ein Nachlaß von 8 Franken gewährt wird.

„Im französischen Ministerrat, der heute unter Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehalten wurde, unterrichtete, wie aus Paris gemeldet wird, der Minister des Innern Pichon die Mitglieder des Kabinetts von der äußeren Lage und vom Stande der Verhandlungen der Mächte. Auf Antrag des Unterrichtsministers Doumergue wurde das Dekret, betreffend die Ernennung des Abbe Loisy, der sich von der Kirche so weit entfernt hat, zum Professor der Religionsgeschichte an der Sorbonne unterzeichnet. Dem Antrag des Finanzministers Gallaux gemäß wurde der Geseßentwurf, betreffend die Departements- und Kommunalsteuerzuschläge genehmigt.“

„Eine neue Wahlüberlage der Konservativen.“ Im Departement Finisère hat die Regierung einen neuen Sieg errungen, indem an Stelle des verstorbenen konservativen Herzogs der radikalsozialistische Bürgermeister Le Quadre von Lumper in die Kammer gewählt wurde. Mit einem Sieg der Katholiken ist also noch nichts. Die letzten Wahlergebnisse haben immer einen Sieg des Radikalismus ergeben! Wie lange noch?

Amerika.

„Roosevelts Abschied.“ Präsident Roosevelt verläßt heute, den 4. März, die Bühne der amerikanischen Politik, in deren Vordergrund er sieben Jahre lang stand, und sein Freund und Nachfolger Taft übernimmt das Präsidium der Vereinigten Staaten. Für immer wird Roosevelt indes nicht scheiden; man glaubt im Geiste, daß er nach vier Jahren neuerdings kandidieren werde. Seiner Präsidentschaft hat er wie wenige vor ihm den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt, im Innern wie im Äußeren. Er war ein glücklicher Präsident, weil er seine Politik mit dem amerikanischen Volksgesicht völlig in Einklang zu setzen verstand. Das Volk ist ihm darum trotz aller seiner Fehler feurig zugetan.

Die Lage auf dem Balkan.

Die herbstliche Krise kommt nicht vom Fleck. Am 2. d. M., nachmittags, erließen der russische Gesandte beim Minister des Innern, M. Romanowitsch, und ertheilte im Auftrag der russischen Regierung den freundschaftlichen Rat, Serbien möge von den Forderungen nach territorialen Kompensationen und der Autonomie für Bosnien und die Herzegowina Abstand nehmen, da diese Forderungen bei den europäischen Großmächten auf keine Unterstützung zählen könnten. Im Laufe des Nachmittags erschienen auch die diplomatischen Vertreter von England, Frankreich, Deutschland und Italien beim Minister des Innern und ertheilten der serbischen Regierung einen ähnlichen Rat. Der Minister des Innern nahm diese Vorstellungen zur Kenntnis. Hierauf fand unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat statt. Nach dreistündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, auf die Vorstellungen der Großmächte zu erwidern, daß Serbien die Forderungen, die die serbische nationale Staatspolitik in ihrer bekannten Resolution aufgestellt habe, nicht zurückziehen könne. Serbien hoffe noch immer auf die Gerechtigkeit Europas, könne aber von den territorialen Forderungen und von der Forderung nach der Autonomie von Bosnien und der Herzegowina nicht Abstand nehmen.

Aus Wien wird hierzu gemeldet: Zu der Entscheidung des serbischen Ministerrats, die Resolution der Großmächte, in direkte Verhandlungen mit Wien einzutreten, abzulehnen und auf den bekannten Forderungen zu bestehen, wird in hiesigen informierten Kreisen berichtet, daß sich in der ruhigen abwartenden Haltung der österreichischen Regierung vorläufig nichts ändern werde. Oesterreich habe die Intervention der Mächte nicht veranlaßt und werde abwarten, welche Haltung die Großmächte gegenüber dem Verhalten Serbiens einnehmen werden.

Das Oesterreichische Bureau erfährt von amtlicher Seite, daß entgegen den Erklärungen des in Wien eingetroffenen Belgrader Telegramms die serbische Regierung ihre Forderung auf territoriale Entschädigungen zurückgezogen habe.

Der „wissenschaftliche“ Handwurf

des schwadronierenden „Volkstums“ kommt auf einer Retourfahre angefahren und bringt in der ersten Märznummer über den schwadronierenden Bad. Beobachter einen recht einseitigen Artikel, worin über den Glauben an die göttliche Vorsehung geböhnt und dummdreist behauptet wird: „Wenn es eine göttliche Vorsehung gibt, ohne deren Willen kein Spag vom Dache fällt, dann ist es geradezu sinn-

als zu klein, um alle die katholischen Damen zu fassen, die sich für den katholischen Frauenbund interessierten. Der hochwürdigste Herr Erzbischof hatte den hochw. Herrn Geistl. Rat und Ehrenoberherrn Stadtdeskan Knörzer mit seiner Vertretung bei der Gründung des ersten derartigen Vereins in der Erzdiözese betraut und der Versammlung den erzbischöflichen Segen erteilt.

Frau Landgerichtsrat Schmidt übernahm den Vorsitz und machte Mitteilung von den Arbeiten des vorbereitenden Komitees. Das überaus zahlreiche Erscheinen der Damen, so daß es tatsächlich an Platz mangelte, sei die wirksamste Bejahung der Frage, ob hier die Gründung des Frauenbundes notwendig sei. Sodann begrüßt die Vorsitzende den Vertreter des Herrn Erzbischofs, die übrige Geistlichkeit, die Presse und insbesondere die Referentin Frau Dr. Ammann-München, zugleich als Vertreterin der Zentralleitung des katholischen Frauenbundes.

Als Schriftführerin wurde Frau Regierungsrat Siebert vor Ammann gewählt. Frau Dr. Ammann überbrachte die Grüße der Zentralleitung, sowie des Zweigvereins München. Sie teilte mit, daß am heutigen Abend drei Zweigvereine gegründet werden: in Karlsruhe, in Schleifheim und in Steinhilber. Sie stellt sich vor als eine geborene Schwedin, sie sei aber eine gute Deutsche geworden. Sodann hielt sie ein ausgezeichnetes Referat über das Thema

Die Frauenbewegung und die kathol. Frauen.

Warum ist die Frauenbewegung entstanden? Der Grund der Frauenbewegung ist die Frauenfrage. Diese ist die Frage nach dem Weib, der Ursache und den Hilfsmitteln der sozialen Mängel in der heutigen Stellung der Frau. Mängel sind da, das beweist die Ausdehnung der Frauenbewegung und die Tatsache, daß 6 1/2 Millionen Frauen heute in Deutschland erwerbstätig sind und daß viele dieser Frauen zu einem so niedrigen Lohne arbeiten müssen, daß sie sich kaum davon unabhängig ernähren können.

Wie ist die Frauenfrage entstanden? Die Stellung der Frau in der Familie hat sich im Laufe der Zeit verändert. In der älteren Zeit hatten wir die Hofwirtschaft. Beim Fehlen der Verkehrsverhältnisse und des Marktes wurden im Hause alles produziert, was man brauchte, und diese Arbeit fiel hauptsächlich der Frau und ihren Mägden zu, während der Mann sich mit Jagd und Krieg beschäftigte. Als sich aber die Bevölkerung näher zusammenschloß und der Handwerkerstand aufkam mit seinen gelehrten Arbeitern und der Spezialisierung der Arbeit, da entstand auch der Kaufhandel und ein Teil der Arbeit riefte aus den Händen der Frau in die Männerhand. Es war ein Fortschritt. Die Frauenarbeit begann mehr untergeordnete Natur zu werden. Eine schwere Frauenfrage war noch nicht vorhanden. Die Frau beherrschte die Hausbedürfnisse noch bis in unsere Zeit hinein. Für jene, die nicht die Verlogung in der Ehe antreiben, hatte die Kirche die Frau da. Das war ein unbedingter Schutz für die Frau da. Das war im Mittelalter, wo das Weib noch Kaiser genannt wurde. Da war die Frau noch die Königin des Hauses. Bald lockerten sich die Bande; die Lage der Frau verschlechterte sich dadurch aber nicht.

Dann kam ein großer Wechsel: Das Ungeduld der Menschheit, die ungenutzten Erdboden verändert hat, die unvergleichliche Fortschritte in der Kultur, aber auch große Not hervorgerufen hat. Die Maschine brachte die soziale Frage, auch die Frauenfrage. Die Maschine stellt alles billiger und leichter her. Die Revolution hatte die philosophischen Begriffe geändert und den religiösen Sinn in den Völkern gelockert. Das Recht des Stärkeren setzte ein; der wirtschaftliche Liberalismus, das Freiheitskultivations-Wesen. Die Maschine schaltete die individuelle Arbeit aus, sie verlangte nur die Hand, die die Maschine bedienen konnte und zwar eine billige Hand. Die billigen Hände waren die der Kinder und der Frauen. Die Maschine hat ein furchtbares Uebel, die Kinderarbeit gebracht. In Deutschland wurde sie durch Geisler befehligt; in England und Italien haben wir sie noch, selbst in den Bergwerken. Mit der Maschine kam die Arbeitsteilung. Die Frauenarbeit legte ein und damit verlor die Frau am meisten: die feste Basis ihrer Stellung in der Familie. Das ist die wichtigste verhängnisvollste Errungenschaft der Maschine. Die Frau ist heute mehr Konsumentin als Produzentin. Der Arbeiter, der wenig verdient, wird heute zu seiner Frau sagen: du laufft ja alles, das mußst du mir auch geben, das Geld verdienen. Medizin glaubt aber, daß dieser Verdienst nicht so groß gegenüber den Schäden, die durch die Frauenarbeit in der Familie entstehen. Viele Frauen wurden so aus der Familie getrieben.

Wir sagen: Die Frau gehört ins Haus, sie muß heiraten! Wenn aber 6 1/2 Millionen Frauen heute arbeiten, so entsteht doch die Frage: Können sie alle heiraten? Es gibt 16 Millionen Frauen über 16 Jahre; von diesen sind aber heute nur 8 1/2 Millionen verheiratet, 2 Millionen verheiratet und 6 1/2 Millionen sind noch ledig. Die Hälfte aller Frauen ist heute auf sich selbst angewiesen; sie können nicht heiraten. Zwischen 16 und 30 Jahren sind nur 30 Prozent verheiratet. Zwischen 30 und 70 Jahren sind 60 Prozent verheiratet. Nach 50 Jahren ist nur die knappe Hälfte der Frauen verheiratet (50% Proz.). Nur die Hälfte hat Verlogung durch die Ehe. Wir müssen uns fragen, wie lange wird heute ein Vater in der Lage sein, seine Töchter zu erhalten? Wie lange wird es geben bis die Töchter einen Beruf finden müssen. Zwischen 16 und 20 Jahren sind 30 Prozent verheiratet, aber 70 Prozent von diesen arbeiten, zwischen 50 bis 70 Jahren sind 48 Prozent verheiratet; es arbeiten von ihnen aber noch 27 Prozent mit 70 Jahren arbeiten noch 15 Prozent aller Frauen. Von den 2 Millionen Weibern muß 1 Million ihr Brot selbst erwerben. Die Ehe ist keine Versorgung der Frau für das ganze Leben, nur für einen Teil. Diese Zahlen beweisen, daß eine Frauenfrage da ist.

Es gibt auch noch solche, die nicht heiraten und deshalb ihrem Leben Zweck und Inhalt geben müssen. Die Frau hat das gleiche Recht auf Arbeit, wie der Mann.

Wir müssen uns also auch materiellen Gründen mit der Frauenfrage beschäftigen. Sie ist aber auch eine Bildungsfrage. Die Frau wird schlechter ent-

lohnt, als der Mann, weil die Frau zumeist ungelernete Arbeiterin ist. Auch die verheiratete Frau muß sich Bildung aneignen, damit sie Vollwertigkeit dem Mann gegenüber besitzt. Die Frauenfrage ist auch eine Rechtsfrage. Die Arbeiterin erhält weniger Lohn, obwohl sie oft an derselben Maschine arbeitet wie der Mann und dieselbe Arbeit leistet. Auch in der Ständevertretung muß sie vielfach zurücktreten. Die Frauenfrage ist ferner eine ethische Frage. Viele behaupten, die Frauenfrage sei da, weil der Mann das Haupt der Familie ist; die Frau müsse dem Manne gleichgestellt werden. Dagegen protestieren die katholischen Frauen. Der Mann muß das Haupt der Familie bleiben! Wenn man behauptet, die Ehe sei schuld, daß die Frau gesunken ist, der Mann habe ein Recht, anders sittlich zu denken als die Frau, so ist das falsch. Andere behaupten, das Christentum sei schuld, obwohl das Christentum die Frau aus ihrer Erniedrigung herausgerissen hat. Wenn das Christentum nicht gewesen wäre, ständen die Frauen bei uns nicht anders als in den unentwickelten Ländern.

Wie soll die Frauenfrage gelöst werden? Derjenige, den eine Schwierigkeit drückt, empfindet sie zuerst. Da alle Stände anfangen, sich zu organisieren, so muß es auch ganz logischer Weise das Recht der Frauen sein, daß sie sich zusammenschließen, um sich um ihre Interessen annehmen. Ja, es ist das ihre Pflicht. Die Frau fühlt mit der Frau, sie leidet mit der Frau, sie versteht, was ihre Mitbewerberin leidet und nimmt sich ihrer an, nicht in der Weise, daß sie mit dem Mann krieg, das wäre falsch, sondern daß sie es ihm darstellt und verlangt, daß er Geheße für die Frau macht. Als die Frauenrednerinnen anfangen, für die Frau einzutreten, zeigte sich, daß die Weltanschauung mit wachsendem Alter, daß feste Grundfälle aufgestellt werden müssen. So entstand die konfessionelle Frauenbewegung. Frau Luise O. Peters hat 1865 den ersten Frauenverein gegründet. Wir haben jetzt eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung; die letztere fordert in Konsequenz der Sozialdemokratie Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann. Die evangelische Frauenbewegung setzte vor ungefähr 10 Jahren ein. Wir Katholiken sind ruhiger, konservativer, wenn wir einsehen, geschieht es aber nicht aller Kraft. Im Jahre 1904 haben auch die katholischen Frauen eingesehen, daß etwas geschehen muß und so entstand der katholische Frauenbund. Derselbe arbeitet mit dem evangelischen, mit den interkonfessionellen, wo er kann. Der katholische Frauenbund ist nicht nur zur Abwehr gegründet worden; er will positiv arbeiten im religiösen und patriotischen Sinn. Wir haben bisher schon in unseren Ländern Vereine wie Wädensdahl-Fürsorgevereine u. a. gearbeitet. Der katholische Frauenbund will die Verbindung herstellen, die bisher noch gefehlt hat. Er will die Frauen sammeln und über die Frauenfrage unterrichten. Der Unterschied zwischen uns und den anderen ist der, daß wir die Frauenfrage auf religiöser Grundlage lösen wollen in strenger Vereinigung mit der Kirche. Der Frauenbund ist eine starke Organisation für die Frau, nicht gegen den Mann. Uns bleibt es bewußt, daß die Frau die Gehilfin des Mannes ist. Der Frauenbund ist eine einheitsvolle starke Organisation, die über ganz Deutschland sich erstreckt. Wir müssen uns zusammenschließen, um unsere Weltanschauung zur Geltung zu bringen. Wenn wir das nicht tun, werden unsere Töchter, die ins Leben hinaus müssen, zu nahen gehen müssen. Sie werden andere gefährliche, aber nicht unsere Ansichten annehmen. Und dann werden uns die Töchter auf unsere Vorwürfe antworten: du hast mich nicht unterrichtet, mir nicht geholfen, da bin ich zu anderen gegangen, weil ihre Ansichten mir barmherziger erschienen als die deigenen. Darauf vorbereitete sich die Mednerin noch über die Arbeit im Frauenbund und sprach recht bezeichnende Worte über die Konsumtentmoral, die keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Näheren, Ferneren, Nächsterin usw. nehme. Des weiteren legte die Mednerin dar, was der Frauenbund tun soll und hierauf ließ sie über die von uns kürzlich wiedergegebenen Worte des apostolischen Rufens in München. Der Frauenbund ist ein Kind der katholischen Kirche und soll auch gewisse Eigenschaften der Kirche haben, er soll einig, heilig und apostolisch sein, was die Mednerin in schöner Weise auslegte. Die Arbeit im Frauenbund ist apostolisch; denn wir wollen dadurch, daß wir die materielle Lage der Frauen heben, es ihnen möglich machen, fromm zu sein. Das ist es was uns trennt von allen, die nicht auf christlicher Grundlage stehen. Wir können die Stellung der Frau verbessern. Es hätte nicht soweit zu kommen brauchen, wenn alles christlich gewesen wäre. Die katholische Frauenbewegung soll allgemein sein, alle Gebiete und alle Stände umfassen. Wir müssen auch mit den anderen Vereinen arbeiten. Selbst die Fortschrittlichen haben etwas Gutes an sich. Wenn diese Leute arbeiten aus Humanität, so ist das der Hingang des Christentums. Die Großherzogin Luise hat es heute in der Audienz, die sie mir gewährte, die Worte einer neuen Zeit genannt. Was andere können, wollen wir auch; aus Liebe zu Gott, aus Liebe zu unseren Mitmenschen, zum Wohle des ganzen Volkes wollen wir arbeiten, eingebend des Spruches des Heiligen Vaters: Omnia instaurare in Christo! Der glänzende Vortrag fand reichen Beifall bei den anwesenden Frauen, die den Ausführungen mit gespanntester Aufmerksamkeit gefolgt waren.

Die Statutenberatung ging glatt vonstatten und endigte mit einstimmiger Annahme. Die Anmeldung zu dem neugegründeten Zweigverein des katholischen Frauenbundes war so stark, daß nicht einmal genügend Anmeldeformulare vorhanden waren. Nicht weniger als 24 Vereine, darunter einer in Vrschhof, und 400 Einzelmitglieder meldeten sich zu dem Bunde an. Damit dürfte diese Neugründung wohl einzig dastehen.

Der hochw. Herr Geistliche Rat und Ehrenoberherr Knörzer widmete sodann dem neuen Frauenbund als Vertreter des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs herzliche Segensworte und teilte mit, daß der Erzbischof die Wahl des hochw. Herrn Pfarrkurat Stumpf zum geistlichen Beirat bestätigt habe.

Der geistliche Beirat Pfarrkurat Stumpf richtete an den Zweigverein ebenfalls tiefempfundene Worte des Dankes und der Aufmunterung.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzende Frau v. Teuffel; 2. Vorsitzende Frau Landgerichtsrat Schmidt; 1. Schriftführerin Frau

Regierungsrat Siebert; 2. Schriftführerin Frau Ernitz; 1. Schatzmeisterin Frau Baronin v. Bodman; 2. Schatzmeisterin Frau Werner.

Zu Weirätinnen wurden gewählt: Frau Oberregierungsrat Schmidt, Frau Dr. Kaffmeyer, Frau Dr. Mattheis und Frau Winterer. Zum Ausschuss gehören ohne weiteres die Vorsitzenden der angegliederten Vereine an. Außerdem wurden noch folgende Damen in den Ausschuss gewählt: Frau Gräfin Adt v. Collenbera, Frau Baronin Grx. v. Schönau-Wehr, Frau Baronin v. Hornstein und Frau Galm.

Die Gründungsversammlung nahm einen schönen erhebbenden Verlauf. Die Präsidentin Frau Landgerichtsrat Schmidt führte den Vorsitz mit bewundernswürdiger Umsicht und Akkuratheit. Der katholische Frauenbund dürfte in Karlsruhe schon jetzt die stärkste Frauenorganisation sein. Fürwahr ein stolzer Anfang, zu dem wir dem Bunde von Herzen Glück wünschen. Möge er weiter blühen und gedeihen und recht segensreich wirken zum Wohle der Frauenwelt und damit auch des ganzen Volkes. Glück auf!

Arbeiterzeitung.

Stellungnahme der christlichen Arbeiterdiakonie zum Arbeiterkammergesetzentwurf.

Mit dieser Frage hatte sich gestern Abend die vom christlichen Gewerkschaftsverband im Café Noodal einberufene Versammlung zu befassen. Als Redner über dieses wichtige Thema war der in weiten Kreisen bekannte Nationalökonom Dr. Kerschbaumer, Diözesanbischof der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Freiburg, erschienen. Redner schilderte zunächst die historische Entwicklung der Arbeiterkammerfrage, der Bemühungen um die längst gewünschte Institution einer Interessenvertretung der Arbeiter.

Schon im Jahr 1877 habe der Zentrumsabgeordnete Mönning die erste Anregung hierzu gegeben. Im Laufe der Jahre wurde dann sowohl vonseiten des Zentrums als auch von der Sozialdemokratie Stellung zu dieser Frage genommen, allein man sehe auch hier wieder, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik keine Automobilgeschwindigkeit herrsche. Die föderalistische Vorarbeit von 1890 habe die Hoffnung aufleben lassen, daß man dem Ziele erheblich näher gerückt sei. Anstatt aber die Freiheit für die Arbeiter kam die Zuchtensvorsorge, gegen die sich nun die Arbeiter mit aller Macht wenden mußten. Endlich sei dann auch ein Entwurf gekommen, der aber ganz verfehlt und rückwärtig war, so daß er bald sein wohlverdientes Schicksal erhalten hat; er, Redner, habe selber redlich daran mitgewirkt, jenen Entwurf umschädlich zu machen.

Während die Sozialdemokraten, die früher für Arbeiterkammern eintraten, jetzt reine Arbeiterkammern verlangen, stehen wir auf dem Standpunkt, daß in Arbeiterkammern sowohl zum Wohle der Arbeiter als der Unternehmer praktischer gearbeitet werden könne.

Der neue Entwurf ist bedeutend besser geworden, damit sei aber nicht gesagt, daß er keine Reform notwendig hätte. In den Kommissionsberathungen des Reichstages sei man auch bemüht, Verbesserungen einzubringen; so wurde u. a. verlangt, daß den Arbeiterkammern das Recht eingeräumt wird, bei Schlichtung von Tarifverträgen und Schlichtung von Streitigkeiten mitzuwirken. Besserungen müsse man es, daß jetzt auch Handwerker, Gesellen und Lehrlinge mit einbezogen werden, was im alten Entwurf nicht der Fall war.

Was die Handlungsgehilfen anbelangt, sieht Redner auf dem Standpunkt, daß es jedenfalls besser sei, dieselben an die Handelskammer anzuschließen. Wenn es nicht gelingt, die nicht gewererblichen Staatsarbeiter in den Entwurf aufzunehmen, so müsse doch auch diesen Arbeitern eine besondere Interessenvertretung geschaffen werden.

Ein wichtiger Punkt sei der, daß von oben herab die einzelnen Kammern angelegt werden, daß alle Fäden an einem Punkte zusammenlaufen. Das wäre die Schaffung eines Reichsarbeitsamts. Bezüglich des Wahlrechts bedauert Redner, daß die Altersgrenze zu hoch gegriffen sei; es müsse verlangt werden, daß bezüglich des Wahlrechts und der Wählbarkeit die Altersgrenze auf 21 bezw. 25 Jahre herabgesetzt werde. Gehört müsse auch noch dafür werden, daß die Sekretäre der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gewählt werden können, das seien doch die eigenen Interessenvertreter. Redner kam dann noch auf die Aufbringung der Kosten zu sprechen, und bemerkte zum Schluß, daß der Entwurf entschieden eine brauchbare Unterlage biete, auf der aufgebaut werden könne. An uns liege es nun, auch unsere Schuldigkeit zu tun und unsere Wünsche deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Diskussion nahm einen anregenden Verlauf. Es beteiligten sich an derselben der Sekretär des Arbeitersicherheitsverbandes Eichenlaub, Arbeitersekretär Maier, Schmidt vom Metallarbeiterverband, Eisenbahnassistent Keller und der Vorstand des Bad. Eisenbahnerverbandes Müller. Zum Schluß brachte der Vorsitzende Herr Eichenlaub folgende Resolution zur Annahme:

Die am 3. März in Karlsruhe tagende, vom christlichen Gewerkschaftsverband einberufene Arbeiterkammerversammlung erklärt sich grundsätzlich für partiellistische Arbeiterkammern, weil dieselben gegenüber einer Arbeiterkammer eine größere Garantie für praktische Erfolge bieten und mehr geeignet sind, dem sozialen Frieden zu dienen. Die Versammlung erwidert in vorliegendem Gesetzentwurf eine brauchbare Unterlage zur Schaffung eines Reichsarbeitsamtes. Sie begrüßt die Einbeziehung der handwerklichen Betriebe und der Heimindustrie in den Entwurf und ermächtigt weiter

1. Einbeziehung familiärer staatlichen Betriebe in das Gesetz;
2. daß die Entscheidung über Errichtung von Arbeiterkammern dem Bundesrat und nicht den Landesparlamenten übertragen werden;
3. eine Erweiterung der Befugnisse der Arbeiterkammern, insbesondere bezüglich der Erhebung über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse der in ihnen betriebenen Gewerbe und Mitwirkung derselben bei Abschluß von Tarifverträgen und Errichtung partiellistischer Arbeitsämter;
4. daß die Befugnisse als Einigungsamt der Arbeiterkammer ausgedehnt wird;
5. Herabsetzung der Altersgrenze des aktiven Wahlrechts auf 21 und des passiven auf 25 Jahre;
6. Wahlbarkeit der Angehörten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen;
7. daß den Mitgliedern ein Einfluß auf die Ernennung des Vorsitzenden eingeräumt wird (Vorschlagsrecht);

8. daß mit der Beruflichen Bekleidung auch die territoriale verbunden wird;

9. daß als Zentralinstanz der Arbeiterkammern ein Reichsarbeitsamt geschaffen wird.

Lokales.

Karlsruhe, 4. März 1909.
Aus dem Hofbericht. Der Großherzog erteilte gestern vormittag von halb 10 Uhr an den nachstehenden Personen Audienz: dem Mitglied der Generalintendantur der Groß. Jubiläum und Vorstand des Hofablaoms Geheimen Finanzrat Erzleben, dem Vorstand der Beamtenwitwenkasse Finanzrat Hofstätter, dem Professor Dr. Wolf, dem Rat Redter, dem Regierungsbauinspektoren Schuler und Aven in Karlsruhe, dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Würdich und dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Thode an der Universität Heidelberg, den Hofkammern Schumann in Wodbad und Grafen in Waldshut, dem Rechtsanwalt Becker in Konstanz, dem Hofmöbelfabrikanten Peter und dem Kaufmann Zimmer in Mannheim, dem Wasser- und Straßenbauinspektor Schürmann in Wehrheim, dem Kaufmann Stadthaus in Mannheim, dem Hoflieferanten Bloß und dem Sekretär Devent in Stuttgart, dem Bauhelfer Eiler in Mannheim, ferner dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Wolf an der Universität Freiburg, dem Professor Dr. Baumgarten, den Stadträten Bolther und Herber in Freiburg.

Nachmittags und abends hörte der Großherzog die Vorträge der Geheimräte Dr. Freyherm von Babo und Dr. Nicolai.

Windthorfbund. Wir machen auch an dieser Stelle auf den morgen (Freitag) Abend stattfindenden Bundesabend aufmerksam, in dem Herr Redakteur Wahl über „Kirchenpolitische aus Württemberg“ spricht und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der hiesige Bachverein, der durch die beiden vorstehenden Ausführungen der „Schöpfung“ seine hervorragende Bedeutung für das karlsruher Musikleben erst richtig wieder erweisen hat, stellt sich nunmehr einer der schwersten Aufgaben: die Wiederhergabe von Johann Sebastian Bachs H-moll-Messe. Mit unermüdlichen Eifer wird dieses an musikalischen Wert und Metrum einzig dastehende Werk, das freilich an die Ausübenden die höchsten Anforderungen richtet, von unserem Bachverein vorbereitet; in dieser Woche allein haben nicht weniger als vier Chorproben stattgefunden. Eine solche Pflanzzeitigkeit an Zeit und Arbeit ist nur denkbar, wenn ein so gleichwertiger Führer, wie Herr Hofkammerdirektor Brauer einen großen Kreis hochmusikalischer Sänginnen und Sängler zu vereinigen verstanden hat, um der Weidensbedürfnisse einen Klungs genäh selbster Art zu bereiten. Man sieht der Aufführung, die am Mittwoch, den 31. März, in der evangelischen Stadtkirche stattfinden wird, mit größtem Interesse entgegen.

Der „Volkshof“ brachte vor zwei Tagen eine Darstellung über einen angeblichen Terrorismusfall im Verlag des „Bad. Beob.“. Darnach sollte eine Zeitungsträgerin entlassen worden sein, weil sie weiterte, dem christlichen Verband der Transportarbeiter z. beizutreten. Dem „Volkshof“ ging darüber bereits eine Berichtigung zu, die den Sachverhalt klar stellt und zeigt, daß 1. keine Zeitungsträgerin gekündigt wurde; vielmehr hat die Zeit. selbst gekündigt; 2. daß dabei die Beziehung zu einem Verbands nicht die geringste Rolle spielt. Diese Tatsachen kann der Vorsitzende des sozialdemokratischen Verbandes nicht bestreiten. Damit ist die Sache abgetan. Der „Volkshof“ war unrichtig informiert.

Noch sei eine falsche Angabe im „Volkshof“ berichtigt; es heißt dort, ein christlicher Agitator habe angegeben, er habe die Adressen der Zeitungsträgerinnen des „Bad. Beob.“ von Herrn Redakteur Maier. Nun können wir gar keinen Redakteur „Maier“ am „Beob.“, sondern nur einen Redakteur Meyer; sodann hat Redakteur Meyer mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun; er kennt die Adressen der Zeitungsträgerinnen des „Beob.“ gar nicht, und hat auch gar nie solche Adressen irgend jemand angegeben.

Wir müssen den „Volkshof“ bitten, das zu berücksichtigen; wir glauben, daß es dazu seiner Berichtigung aufgrund des § 11 bedarf.

Die Volkshofblätter des Vereins vom heil. Karl Borromäus für die Pfarrei St. Stefan befindet sich nunmehr, wie bereits im Kirchenkalender angegeben, Seitenstraße 19 (im Alstadtteil erster Etage) und ist jeden Sonntag von 1/2 2-1/2 3 Uhr Radmittags geöffnet.

Diebstähle. In letzter Zeit wurde hier an verschiedenen Orten: ein Hinderrwagen, eine Wagenscheibe, ein Fortemomwaie, aus einer Ladentische 17 Mk., eine silberne Uhr und ein goldener Ring gehoben. Als Täterin wurde die 23 Jahre alte Ehefrau eines Heizers aus Mannheim ermittelt. Ein 29 Jahre alter lediger Handwirt aus Heßfeld stahl am 22. v. Mis. einem Hausbesitzer in einem Gasthause in der Adlerstraße 44 Mk. und eine silberne Remontoiruhr. Nachdem er aber das Geld bis auf 9 W. verbrannt und die Uhr verpfändet wollte, wurde er festgenommen.

O Verhaftungen. Am 27. März wurde ein Tagelöhner aus Uelshausen, der vom Polizeiamt in Rottweil wegen Ungehorsams verurteilt war, am 27. März in Rottweil gefangen und in die Gefängnisse des Landesgerichts in Karlsruhe eingeliefert.

Diebstahl. Am 27. März wurde ein Tagelöhner aus Uelshausen, der vom Polizeiamt in Rottweil wegen Ungehorsams verurteilt war, am 27. März in Rottweil gefangen und in die Gefängnisse des Landesgerichts in Karlsruhe eingeliefert.

Vermischte Nachrichten.
Hd. Berlin, 3. März. Die Kaiserin hat dem vaterländischen Frauenverein für die Heberichswunden des Jahres überreicht lassen.
Hd. Berlin, 3. März. Gegenüber einer Witterung, daß die Witwen der Opfer von Madbad einen Dortmund der Reichsanwalt beantragt haben, gegen den Kronprinzen und den Oberpräsidenten von Westfalen die Klage wegen Heerangabe der gesammelten Unterstützungsgelder zu erheben, erklärte im Auftrage des Kronprinzen dessen Hofmarschall Graf von Bismarck einem Vertreter des Berliner Tageblattes folgendes: Der Kronprinz übergab dem gesellschaftlichen Ausschusse des Verfügungsbrech der bei dem Schaaffhauser Bankverein deponierten Summe, die dann von der Bank an die Sparkasse der Stadt zur Verfügung des Ausschusses überwiehen wurde. Mit der Hebergabe der Summe an den gesellschaftlichen Arbeiterausschuss war jegliches Verfügungsrecht seitens des Kronprinzen erloschen. Der Kronprinz hat niemals Protektor oder Ehrenpräsident des Zentralkomitees für die Hinterbliebenen der auf der Hebe Madbad verunglückten Bergleute.
Hd. Hannover, 3. März. In der Krämerstraße hat sich am Sonntag ein blutiges Drama abgespielt, dessen Opfer erst am Dienstag gefunden worden sind. Der dortige Inhaber eines Fischgeschäftes, der aus Ludwigsbafen in der Pfalz stammende 57jährige Bauhandwerker Otto Weinder, übete seine Gewerbe, die als Verkaufsbefehl ihm lästig war und sich selbst durch Meuterverstöße.

Hd. Bam., 2. März. Von den Höhen des Riesing bei Pelmna führte ein Lawine herab und verdrängte acht Bauernhäuser, in denen sich dreizehn Personen, nämlich vier Weiber, drei jüngere Männer und sechs Kinder befanden. Von Pelmna ist eine Hilfspepedition abmarschiert.

